

Fleischversorgung vollends zusammenbrechen — mit ihr hapert es schon seit Jahren: Die sowjetische Landwirtschaft produziert je Einwohner nur ebensoviel Fleisch wie die Bauern der Bundesrepublik. Jeder Sowjet-Bürger verbraucht im Jahr 58 Kilo Fleisch — halb soviel wie die Steak-Liebhaber in den USA.

Breschnew dementierte zwar Amerikas „unsinnige Vorstellungen von unserem Wirtschaftspotential“ und versprach seinen Bürgern, daß „die Pläne zur Versorgung der sowjetischen Bevölkerung mit Brot und Getreideprodukten um kein einziges Kilogramm gekürzt werden“.

Doch dieses Versprechen scheint er nicht halten zu können. Schon beginnt die Inlandspropaganda, das Sowjetvolk auf eine Hungerblockade vorzubereiten — mit dem Vorteil, daß alle selbstverschuldeten Versorgungsmängel den Amerikanern gleich mit angelastet werden können.

Dramatisch richtete der Chefredakteur Alexander Tschakowski, Kandidat des Zentralkomitees, auf einer ganzen Seite seiner „Literaturnaja gaseta“ einen offenen Brief an den US-Präsidenten: „Alle Versuche, auch wenn sie erfolglos sind, in einem anderen Land eine Hungersnot zu organisieren, um es damit gefügig zu machen, sind wirklich schmutzig und schändlich.“

Er zog gleich eine Parallele zum Ärgsten — der Blockade Leningrads durch deutsche Truppen 1941 bis 1944. Tschakowski: „Muß ich Sie, Mr. Präsident, daran erinnern, wie dieser Versuch ausging?“ Er kostete, was Tschakowski nicht schrieb, aber alle Sowjet-Bürger wissen, 600 000 Tote.

Den Ernst der Lage unterstreicht ein in der einzigen Sowjet-Illustrierten „Ogonjok“ (Auflage 1,8 Millionen) groß aufgemachtes Gedicht, das auch noch die Hungersnot an der Wolga im Jahre 1921 beschwört — dort starben etwa vier Millionen:

Den Hunger an der Wolga,
den hab' ich nicht erlebt,
doch die Blockade durchgestanden,
als am Eis die Stiefelsohlen angefroren
waren ...

Soll ich Brüder in Kabul verraten
für eine Scheibe Brot aus Texas?

Der Dichter appelliert an die moralische Größe der Russen und preist zudem, was sich wohl gegen die Chinesen richtet, der Russen „große Augen“ und „große Hände“.

Auf Betriebs- und Wahlversammlungen wird das Volk im Zuge einer Kampagne für die Zustimmung zu neuen Landtags- und Kommunalvertretern vergattert: Man müsse den Riemen enger schnallen und wachsam sein. In den Läden gibt es nur noch zwei Kilo Brot je Käufer, auf dem Lande sind die Backwaren schon morgens ausverkauft. Die freien Märkte bieten an Obst und Gemüse meist nur Äpfel, Kraut

und Rüben an; ein Bund Suppengrün kostet zwei Stundenlöhne eines Arbeiters.

Sogar Fisch ist knapp geworden, Fleisch auf dem Bauernmarkt bis zu viermal teurer als im Staatsgeschäft, das aber meistens nur Konserven führt. Offenbar schlachten die Landwirte ihr Privatvieh, weil sie dafür schon kein Futter mehr bekommen.

Die Nomenklatura, die sich in Sonderläden bedient, trifft es kaum, ob schon auch in den Spezialgeschäften für Ausländer längst das Frischobst ausgegangen ist.

Die Arbeiterschaft wird mit Fleischpaketen in den Betriebskantinen — einer Art Naturallohn — ruhiggehalten, auch das seit Jahren schon.



Demonstrierende Schülerinnen in Managua: Kampagne gegen Analphabeten

Außerhalb der großen Städte müssen Normalverbraucher sich oft monatelang vegetarisch ernähren. Der marxistische Dissident Roy Medwedew: Leiden werde unter dem US-Embargo schließlich nur „der kleine Mann, der nichts mit der Invasion zu tun hat und auf jene, die sie gemacht haben, keinen Druck ausüben kann“.

Doch ob die Sowjet-Konsumenten wirklich den vom Staat benannten Schuldigen für eine kommende Misere verantwortlich machen, bleibt offen. Schon läuft im Sowjet-Land die Frage um: „Was haben wir den Amerikanern angetan, daß sie uns plötzlich kein Getreide liefern wollen?“

Der Massenunmut kann sich auch gegen die Regierung kehren. Was passiert, wenn der Nachschub nicht mehr klappt, führen gelegentlich Sowjet-Soldaten in Afghanistan vor: Sie plündern die Geschäfte.

NICARAGUA

Ewiger Papierkrieg

Ein bißchen Kuba, ein bißchen Kapitalismus — die Revolutionäre, die den Diktator Somoza stürzten, versuchen sich am Wiederaufbau.

In den Straßen von Managua skandieren Kolonnen von Schülerinnen und Schülern: „Mit erhobener Faust und offenem Buch!“

Im staatlichen Rundfunk singt der Dichter und Musiker Carlos Mejía Godoy. Während des Bürgerkrieges vom vergangenen Jahr hatte er über den Geheimsender „Radio Sandino“ zu den Melodien von Volksliedern Anleitung

gen für den Gebrauch von Waffen gegeben; jetzt erhebt er die Stimme für einen Krieg gegen die Unwissenheit.

Nur sieben Monate nach dem Sturz des Diktators Somoza bereitet sich Nicaragua darauf vor, in einer fünfmonatigen Kampagne den 850 000 Analphabeten des Landes, die älter als zehn Jahre sind, das Lesen und Schreiben beizubringen.

Das Unternehmen hat nur ein Vorbild in der westlichen Hemisphäre: die Bildungskampagne Fidel Castros kurz nach seiner Machtergreifung auf Kuba. In Kuba allerdings war 1961 nur jeder fünfte Analphabet, in Nicaragua ist es heute jeder zweite.

Castros Modell gilt allgemein als das große Vorbild, nicht nur beim Lesen und Schreiben. „Die Alphabetisierungskampagne“, erläutert Projektleiter Fernando Cardenal, Jesuitenpater und Bruder des Dichters Ernesto Car-

denal, „wird auch zur nationalen Schule politischer Bildung werden.“

Dem Bürgertum Nicaraguas, das zwar den Diktator Somoza stürzen wollte, auf die Revolution aber gern verzichtet hätte, ist die Sache nicht geheuer: Es sieht die Gefahr einer „Kubanisierung“ des Landes überhaupt.

Tatsächlich ist die ideologische Verwandtschaft der Sandinistischen Befreiungsfront (FSLN) zu Kuba nicht zu leugnen. Die Anführer der siegreichen Guerilla Nicaraguas waren lange im kubanischen Exil, haben von dort praktische Rezepte mitgebracht, die sie nun anzuwenden gedenken. Die Revolution, so ihr Kredo, dürfe nicht einfach beim Umsturz haltmachen, sondern müsse der Anfang tiefgreifender sozialer Wandlungen sein.

Dennoch wehren sich die FSLN-Führer gegen das Etikett „Kubanisierung“. Ihre Revolution sei „sandinistisch“, etwas Originelles, Nationales, das in der Tradition des Befreiungshelden Augusto César Sandino liege. Da Sandino in den 20er Jahren gegen US-Marines kämpfte, sei die „antiimperialistische“ Linie zwar vorgezeichnet, auf eine Nachahmung Kubas dürfe man daraus aber nicht schließen.

„Die Nachahmung ist nicht der Weg der sandinistischen Revolution“, verkündete die FSLN im vergangenen Dezember in einer offiziellen Erklärung.

Was unter Sandinismus zu verstehen ist, wird auch von der Regierung nur vage erklärt. „Sandinismus ist ein spezifisch nicaraguanischer Vorgang“, so Wohlfahrtsministerin Lea Guido, „der in unserer Geschichte begründet ist.“ Genauer geht es offenbar nicht.

„Definitionen sind zweitrangig, ja dogmatisch“, meint gar Daniel Ortega, Mitglied der Regierungsjunta und der FSLN-Führung. „Wenn wir eine Lösung für unsere Probleme gefunden haben, dann werden wir sehen, welchen Namen wir der Revolution geben.“

Grundsätzliche Debatten über den theoretischen Unterbau ihres Systems — sonst Hauptanliegen aller Revolutionäre in West und Ost — kann sich



Staatliche Schneiderei: „Unternehmer sind unersetzlich“

die FSLN heute auch noch gar nicht leisten. Es gibt zu tun, es geht um Wiederaufbau, um Bildungs- und Gesundheitsprogramme, um die Errichtung eines Staatsapparates in einem bankrotten Land, dessen neue Führer vom abgesetzten Diktator Somoza lediglich anderthalb Milliarden Dollar Auslandsschulden erbten.

Durch den Bürgerkrieg wurde obendrein ein Viertel der wichtigsten Fabriken, wurden über 4000 Wohnungen zerstört; die Schäden an Krankenhäusern und Schulen betragen über 20 Millionen Dollar.

Auch die Landwirtschaft wurde schwer getroffen: Grundnahrungsmittel wie rote Bohnen („frijoles“) gelten jetzt als Luxuspeise. Die Baumwollernte dieses Winters wird nur einen Exporterlös von 58 Millionen Dollar einbringen, gegenüber 145 Millionen Dollar im Vorjahr.

Doch der Pragmatismus, der vor dem Umsturz drei zerstrittene Flügel der FSLN zusammenführte und den Sieg über Somoza erst möglich machte, besteht offensichtlich nach der Machtübernahme durch die Sandinistas weiter. Und offensichtlich hält auch die Sieges-Euphorie im Volke an.

Das aber könnte, bei anhaltender Wirtschaftsmisere, leicht umschlagen. Denn nichts garantiert einstweilen die Verankerung der FSLN im Volk, der Kaderapparat der Guerilla muß zuerst noch zur Partei werden.

Das ist schwer genug. „Heute sitzen wir alle am Schreibtisch“, klagt ein ehemaliger Guerrillero, der jetzt in einem Ministerium beschäftigt ist. „Der Kampf im Busch war spannender als dieser ewige Papierkrieg.“ Und wohl auch eher das Metier der Veteranen.

Improvisation jedenfalls ist überall sichtbar, es mangelt an der notwendigen Einrichtung. „Wir müssen einander ständig besuchen, von Haus zu Haus gehen, um unsere Arbeit zu besprechen“, erklärte etwa eine Sekretärin im Wohlfahrtsministerium, „denn ein Haustelephon haben wir hier nicht.“

Unter Somoza gab es ein solches Ministerium nicht. Das neue Amt, das sich um „soziale Fragen“ kümmert, zum Beispiel um die Rehabilitierung minderjähriger Ex-Soldaten Somozas und die Betreuung von ehemaligen Prostituierten, hat sich in einer Wohnsiedlung geflohener Offiziere des alten Regimes etabliert.

Nach Feierabend treffen sich die neuen Ministerialbeamten zu einem Seminar: Durch Gruppendynamik sollen alle befähigt werden, mit den betreuten Menschen umzugehen.

Das Wohlfahrtsministerium erfüllt im neuen Nicaragua eine Schlüsselfunktion: Von ihm hängen die Sandinistischen Verteidigungskomitees (CDS) ab, Gemeinde-Komitees, auf denen der künftige FSLN-Parteiapparat aufgebaut werden soll.

In den Armenvierteln am Stadtrand von Managua organisierten die CDS den Wiederaufbau der zerstörten Infrastruktur. In San Judas bauten die Anwohner die ungepflasterten Straßen in freiwilliger Arbeit. Heute steht an jeder Ecke eine in den rot-schwarzen Farben der FSLN gestrichene Mülltonne, oft daneben ein kleines Denkmal für Gefallene aus dem Bürgerkrieg.

Gescheitert ist allerdings der Versuch, die CDS-Sekretäre — ähnlich wie die kubanischen „Komitees zur Verteidigung der Revolution“ — mit Verwaltungsaufgaben zu betrauen: Sie soll-



ten zum Beispiel Bescheinigungen für Führerscheine und Pässe ausstellen. Die gerade befreiten Nicaraguaner wollten sich keine bürokratischen Fesseln anlegen lassen.

Hinzu kam: Schon der Plan, den CDS Verwaltungsfunktionen zu übertragen, stieß auf den Widerstand der konservativen Nicaraguaner. Sie sahen darin Gefahr für den von der FSLN-Führung garantierten Pluralismus. „Die CDS haben keine legale Existenz“, klagte im November der Verband der Privatwirtschaft (Cosep) in einem offenen Brief an die Regierung. Sie seien „ein schlimmer Fall von Vermischung von Staat und Partei“.

Der Cosep, der sich von den Entscheidungen der Regierung ausgeschlossen fühlte, verlangte klare Autoritätsstrukturen, „eindeutige Definition der Spielregeln und einen rechtlichen Rahmen, der dem öffentlichen Leben als Leitbild und Garantie dienen kann“.

Auf die Unternehmer und die Investitionen aber kann die FSLN nicht

verzichten, wenn sie ihr Versprechen von einem besseren Leben verwirklichen will.

Deshalb soll der Kampf gegen Mißwirtschaft und Hunger durch eine „demokratische Veränderung der kapitalistischen Strukturen“, aber ohne Sozialisierungsexperimente gewonnen werden. Die bislang verstaatlichten Betriebe gehörten entweder Somoza persönlich oder waren ohnehin schon bankrott: Um Arbeitsplätze zu erhalten — 40 Prozent der Arbeitsfähigen sind beschäftigungslos —, werden sie nun vom Staat weitergeführt.

Ihre entscheidenden Impulse soll die Aufwärtsentwicklung von der Landwirtschaft erhalten. Im neuen „Plan zur wirtschaftlichen Wiederbelebung für 1980“ sind Wachstumsraten von zum Teil über 200 Prozent angestrebt — aber auch das würde die Produktion lediglich auf den Stand vor dem Krieg bringen.

Auf jeden Fall erscheint der Aufbauplan auch den bislang zögernden Unternehmern plausibel. „Wir unterstüt-

zen diesen Plan“, erklärte Cosep-Sprecher William Báez Sacasa.

Die sozialistisch gesinnte FSLN-Regierung bietet den Unternehmern auch attraktive Bedingungen, etwa beim Baumwollanbau: Baumwolle wird in Nicaragua nicht direkt durch den Großgrundbesitzer angepflanzt, sondern durch Unternehmer. Und für die wurden die Pachtpreise nun per Dekret drastisch von 2000 Córdoba (340 Mark) pro Manzana (0,7 Hektar) auf 300 Córdoba (51 Mark) gesenkt. „Die Unternehmer“, so ein FSLN-Funktionär, „sind für den Wiederaufbau unersetzlich.“

Sogar kubanische Berater halten diesen Weg für richtig — und warnen vor ihrem eigenen Vorbild: „Schafft die Privatwirtschaft keineswegs ab“, stimmen sie westlichen Entwicklungshelfern zu, „und führt auch keine Rationierung ein.“

Ein europäischer Entwicklungshelfer, sehr prinzipiell: „Wir pumpen hier soviel Geld rein wie nur möglich — dann gibt's kein zweites Kuba!“

„Es wird eine Art Parlament geben müssen“

SPIEGEL-Interview mit Nicaraguas Innenminister Tomás Borge

SPIEGEL: Comandante, Nicaragua ist seit Fidel Castros Sieg auf Kuba 1959 das erste und einzige Land Lateinamerikas, in dem eine Revolution erfolgreich war. Marschieren die Guerrilleros, die jetzt in Managua an der Macht sind, in die gleiche Richtung wie die in Havanna?

BORGE: Revolutionen gleichen sich nicht wie zwei Tropfen Wasser. Wir werden unseren eigenen Weg gehen, niemanden nachahmen. Wir haben unseren eigenen Stil: Hier gibt es politischen Pluralismus, Pressefreiheit. Wir haben eben eine andere Auffassung als die Kubaner, was die freie Meinungsäußerung betrifft.

SPIEGEL: Aber es gibt doch Ähnlichkeiten zu Kuba?

BORGE: Sicher. Wir haben ähnliche Maßnahmen getroffen wie Kuba, zum Beispiel die Alphabetisierungskampagne, um die Unwissenheit in unserem Land auszumerzen. Wir haben auch unsere Rohstoffe verstaatlicht sowie nachdrücklich unsere Unabhängigkeit von ausländischer Bevormundung proklamiert. Deshalb haben wir auch Beziehungen zu allen Ländern der Welt aufgenommen, einschließlich der sozialistischen.

SPIEGEL: Viele Kader der Sandinistischen Befreiungsfront (FSLN) wurden in Kuba ausgebildet, kubanische Lehrer erneuern heute Nicaraguas Schulwesen. Das deutet doch auf enge ideologische Verwandtschaft hin?

BORGE: Es besteht enge Freundschaft zu Kuba, wie auch zu Costa

Rica oder zu Panama. Wir haben auch Costa Rica um Lehrer gebeten für die Alphabetisierung. Aus praktischen Gründen konnte Costa Rica keine Lehrer schicken. Kuba hatte damit keine Schwierigkeiten.

SPIEGEL: Wollte sonst niemand Lehrer schicken?

BORGE: Wir haben zahlreiche Angebote, doch von privater Seite, nicht von Regierungen. Nur Spanien will uns

Lehrer senden, ein Angebot, das wir sehr gern annehmen.

SPIEGEL: Sie stehen also nicht auf der ideologischen Linie Kubas?

BORGE: Nicaragua und Kuba sind blockfreie Nationen — deshalb haben sie in vielen Fragen ähnliche Standpunkte. Aber wir haben unsere eigenen Ansichten, ob die nun denjenigen der Kubaner ähnlich sind oder nicht. Wenn wir einmal die gleiche Haltung wie



Innenminister Borge

„Wir haben unseren eigenen Stil“

Tomás Borge

ist der erfahrenste Veteran der Revolutionäre, die seit dem Sturz des Diktators Somoza in Nicaragua regieren. „El Viejo“, der Alte, wie Borge von seinen Kampfgenossen genannt wird, begann seinen Kampf gegen Somoza schon mit 13 und ist Mitbegründer der Sandinistischen Befreiungsfront (FSLN). 1976 wurde er verhaftet und von Somozas Nationalgardisten monatelang gefoltert. Frei kam er erst wieder, nachdem im August 1978 ein FSLN-Kommando den Nationalpalast Nicaraguas besetzt hatte. Borge, inzwischen 48 und Innenminister, hält wenig von Theorie und gilt als der Pragmatiker unter den neuen Führern des Landes: „In meiner Jugend las ich Marx, später hatte ich dazu keine Zeit.“